

Es gilt das gesprochene Wort  
**Haushaltsrede zur  
Verabschiedung des Haushaltes  
2016  
des CDU-  
Fraktionsvorsitzenden im Rat der  
Stadt Dorsten  
Bernd-Josef Schwane  
zur Haushaltsverabschiedung  
des Haushaltes 2016  
am 25. November 2015**

Sehr geehrter Herr  
Bürgermeister,  
werte Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr verehrten Damen  
und Herren,

dies ist die 13. Haushaltsrede,  
die ich für meine Fraktion halten darf.  
Ich bin nicht abergläubisch, soweit es  
um die Zahl „13“ geht. Ich muss  
allerdings gestehen, dass ich sehr  
lange überlegt habe, was ich heute zu  
der aktuellen Situation unserer Stadt  
noch sagen kann. Eigentlich ist in der

Vergangenheit schon alles gesagt worden – und das nicht nur einmal -. Eigentlich könnten wir alle uns die Haushaltsreden sparen. Aber: „Watt mutt – datt mutt!“

In der Theorie ist die Verabschiedung des Haushalts der Höhepunkt des parlamentarischen Jahres. Die Entscheidung über die Vergabe der städtischen Finanzen stellt den Kernbereich des Parlamentarismus dar. In der Theorie soll durch die Haushaltsverabschiedung und auch durch die Haushaltsplanung der politischen Parteien deutlich gemacht werden, wo deren Ziele liegen und wo Akzente gesetzt werden.

Tatsache ist aber – immer noch -,

dass wir unter dem Diktat der Haushaltssanierung stehen. Insoweit gehen natürlich die Spielräume für die Umsetzung individueller Interessen gegen Null.

Nachdem in den letzten Jahren von der Kämmerei nicht ausgeglichene Haushalte vorgelegt werden mussten, ist es für 2016 gelungen, einen Haushalt mit Überschuss vorzulegen. Wir haben sogar 15 Mio. Euro Schulden abgebaut. Auch wir Politiker haben uns Sparmaßnahmen nicht verweigert.

Nach den jetzigen Zahlen plant die Verwaltung mit Überschüssen bis 2021. Aber wir wissen nicht, was die Zukunft bringt. Die äußerst positive

Entwicklung verdanken wir der konsequenten und nachhaltigen Arbeit des Kämmerers. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken.

Die positive finanzielle Entwicklung ist möglich geworden, obwohl die Finanzausstattung der Kommunen seitens des Landes nicht wesentlich verbessert worden ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

erwarten Sie nicht, dass ich mich intensiv mit unserem Sparpaket auseinandersetze.

Ich will versuchen, es kurz zu

machen. Nach unserer Einschätzung besteht keinerlei Alternative, als das Haushaltssicherungskonzept bis zum Ende in jedem Punkt zu erfüllen. Auch wenn Herr Diebäcker geschrieben hat, Dorsten schwimme im Geld.

Sie wissen alle, dass bestimmte vorgesehene Sparmaßnahmen aus verschiedenen Gründen nicht oder noch nicht umgesetzt werden konnten.

Insoweit besteht für den zu verabschiedenden Haushalt ein Kompensationsbedarf von 360.000,00 EUR. Diese Deckungslücke musste geschlossen werden.

An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass die Parteien

aufgefordert waren,  
Deckungsbeiträge für die  
Kompensation zu erarbeiten.

Meine Fraktion hat  
vorgeschlagen, die Überschüsse, die  
WINDOR erwirtschaftet, zur  
Kompensation zu verwenden, also  
den Deckungsbeitrag für den  
Verlustausgleich zu senken.

Wir denken, dass ein Betrag in  
Höhe von 175.000,00 EUR dem  
städtischen Haushalt sehr  
weiterhelfen wird. Es ist zu prüfen, ob  
dies in Zukunft fortgeschrieben  
werden kann.

Für die CDU-Fraktion steht fest:  
Wir hätten – zumindest zum jetzigen  
Zeitpunkt – keinen Steuererhöhungen

zugestimmt, ich meine hiermit Gewerbe- und Grundsteuern. Zwar hat die Verwaltung angedacht, bezüglich der Grundsteuern einen optionalen Vorratsbeschluss zu fassen.

Dieser Diskussionspunkt brauchte allerdings nicht in die Tat umgesetzt zu werden, da der Haushaltsausgleich auf andere Art und Weise herbeigeführt werden konnte.

Die Defizite von heute sind nämlich die Steuern von morgen. Dies sollten wir unter allen Umständen beherzigen.

Sehr verehrte Damen und Herren  
der SPD,

Sie hatten als Kompensationsmaßnahme die Wettbürosteuer und die Erhöhung der Vergnügungssteuer um 2 Punkte vorgeschlagen.

Mit der Einführung der Wettbürosteuer haben wir – unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung – keine Probleme.

Allerdings sind wir der Meinung, dass die Erhöhung der Vergnügungssteuer um 2 Punkte unter rechtlichen Gesichtspunkten bedenklich ist.

Nach aktueller Rechtsprechung liegt die Erdrosselungswirkung bei 19 Punkten. Würde man die Vergnügungssteuer um 1 Punkt

erhöhen, würde sich der Kompensationsbetrag zwar halbieren, allerdings läge dann der Steuersatz in einem Bereich, der einer gerichtlichen Überprüfung standhalten wird. Wir sind der Meinung, dass man aus Rechtssicherheitsgründen diesen Weg gehen sollte.

Wir schlagen vor, in 2 – 3 Jahren das Steueraufkommen in diesem Punkt noch einmal zu überprüfen und dann ggf. auch im Licht der zu dem Zeitpunkt vorliegenden Rechtsprechung möglicherweise anders zu entscheiden. Jedenfalls ist der Haushaltsausgleich im Rahmen des Sanierungspaketes hierdurch nicht gefährdet.

Wir glauben, dass der Punkt

erreicht werden wird, an dem das Steueraufkommen real sinkt. Die Bemessungsgrundlage wurde bekanntlich schon vor kurzem verändert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich auch im Rahmen des Sparpaketes einige Worte zur Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sagen:

Aufgrund der eingeführten Sparmaßnahmen und extremen Arbeitsbelastungen bewegen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittlerweile am Rande des Erträglichen.

Die allgemeine Personalknappheit ist eine Situation, die sich wegen der finanziellen Ressourcen nicht verändern wird.

Allerdings muss darauf geachtet werden, dass das „know how“, das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Laufe der Jahrzehnte entwickelt haben, im Falle ihres Ausscheidens an Nachwuchskräfte weitergegeben wird.

Wir halten es für notwendig, Führungskräfte, soweit sie sich aus dem vorhandenen Personal rekrutieren, entsprechend vorzubereiten und zu schulen, bevor sie Führungsaufgaben wahrnehmen und nicht nach Erhalt einer

entsprechenden Stelle.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren, einige Worte zu der Flüchtlingssituation in unserer Stadt sagen:

Es ist in Dorsten unter großem Einsatz insbesondere vieler freiwilliger Helfer gelungen, die uns zugewiesenen Flüchtlinge unterzubringen.

In vielen Bereichen hat die Bevölkerung die Mitarbeiter der Stadtverwaltung unterstützt, vor allen Dingen bei der Einrichtung der Übergangsheime. Dies ist nicht selbstverständlich. Ich denke in

diesem Zusammenhang an die Einrichtung der Übergangsheime in Lembeck, in der Feldmark, in der Jugendherberge, aber auch bei der Einrichtung des städtischen Heimes im ehemaligen Hotel Berken.

Unsere Stadt kann stolz sein auf die Bürgerinnen und Bürger, die sich bei der Flüchtlingshilfe – wie auch immer – engagieren.

Auf der anderen Seite ist nicht zu akzeptieren, dass die finanzielle Ausstattung der Städte nicht verbessert wird. Es kann nicht sein, dass das Land Bayern den Kommunen 100 % der zusätzlichen Kosten erstattet, wohingegen in Nordrhein-Westfalen dies bislang 20 – 25 % sind – ein unhaltbarer Zustand -

.Eine Aufstockung auf 100 % soll erfolgen, wie man hört.

Im Übrigen stimmt mich nachdenklich, dass auf Bundesebene bislang noch kein Konzept entwickelt worden ist, um den Flüchtlingsstrom zu kanalisieren. Ich glaube, dass dies unbedingt erfolgen muss. Es kann nicht sein, dass eine Einigung auf europäischer Ebene nicht zustande kommt. Als geradezu skandalös empfinde ich, dass EU-Länder wie etwa Österreich oder Serbien die Flüchtlinge nach Deutschland durchwinken. Das ist der Offenbarungseid der europäischen Idee. Wir sind alle gefordert, ob Deutsche, Briten, Franzosen, Schweden und Polen, um nur einige Länder zu nennen.

Meine Damen und Herren,

in der letzten Zeit haben im Rathaus, in den Ausschüssen und auch im Rat heftige Diskussionen bezüglich der Wichernschule stattgefunden. Keine Angst, ich will die ganze Argumentation und Diskussion hier nicht wiederholen. Allerdings habe ich schon das Bedürfnis, einige Anmerkungen zu machen:

Es ist das demokratische Recht der Bürgerinnen und Bürger, für ihre Belange und Interessen einzustehen. Auch ein Bürgerbegehren ist nach der Gemeindeverfassung so vorgesehen.

Aber ich bin auch der Meinung, dass alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aufgerufen sind, in unserer schwierigen finanziellen Situation zum Haushaltsausgleich beizutragen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Schließung der Schule vorgeschlagen worden.

Ich wage zu behaupten, dass viele Menschen es verlernt haben, sich als Teil einer Gemeinschaft zu sehen und – mehr oder weniger – egoistische Interessen vertreten.

Andere Bürger haben die Notlage der Stadt erkannt und in Eigeninitiative Bedeutendes umgesetzt. Denken Sie an die Bürgerinitiative und die Vereine, die

etwa den Erhalt der Hohen Brücke umgesetzt haben. Für diese Bürgerinnen und Bürger wäre es sicherlich auch einfacher gewesen, die Stadt aufzufordern, die Brücke zu bauen und zu unterhalten. Nein, diese Bürger haben in die Hände gespuckt, haben Geld gesammelt und ihre Arbeit eingebracht. Dies ist echte Bürgergesellschaft, Bürgergesellschaft im positiven Sinne, die auch bereit ist, der Gemeinde – ihrer Gemeinde -und Gemeinschaft in extremen Situationen zu helfen und nicht nur zu fordern.

Bemerkenswert und auch bedauerlich ist, dass speziell durch die Diskussion um die Wichernschule

sich das Klima hier im Rat nach meiner Einschätzung verändert hat:

Es ist normal, wenn in bestimmten Fragen die politischen Parteien unterschiedliche Meinungen haben und diese auch nachhaltig vertreten. Meiner Meinung nach sollte dabei ein fairer Umgang miteinander selbstverständlich sein, wie es früher hier der Fall war.

In der Vergangenheit ist es uns meistens gelungen, demokratisch fair miteinander zu arbeiten und Ziele gemeinsam zu verfolgen. Wir haben politische Auseinandersetzungen mit Respekt voreinander geführt. Allerdings verlief die Argumentation in der Schul-Diskussion nur eine Zeit lang sachlich.

Sehr schnell glitt sie ins Persönliche ab.

Es kann doch nicht sein, dass Kolleginnen und Kollegen, die sich seit Jahren kennen, sich plötzlich aus dem Weg gehen, weil sie unterschiedliche Meinungen haben und weil die Bürger geschickterweise die politischen Parteien für ihre Vorstellungen in Beschlag genommen haben.

Ich halte den Ton, den die Spitzen der Bürgerinitiative mit der Politik pflegen, für inakzeptabel. Ich habe Verständnis dafür, dass man für eigene Ziele nachhaltig eintritt, aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn der Ton aggressiv und rechthaberisch ist. Ich habe dies mehrfach erlebt. Ich

bin der Meinung, Demokraten sollten so niemals miteinander umgehen.

Denn auch die Ratsmitglieder, die mehrheitlich zu einem anderen Ergebnis gekommen sind, haben es sich nicht leicht gemacht. Sie haben einen anderen Schwerpunkt gesetzt: nämlich das Wohl des Ganzen, das Wohl unserer Stadt.

„Suchet der Stadt Bestes“- heißt es beim Propheten Jeremia im Alten Testament. Dies sind nicht einfach Worte einer längst vergangenen Zeit, sondern so etwas wie ein Grundsatzprogramm.

Diese Worte – vor 2500 Jahren

gesagt – sind auch heute noch ein starker Auftrag an den Rat, an die Verwaltung, aber auch an die Bürgerinnen und Bürger.

Bei allen Herausforderungen gilt es, unsere Stadt verantwortungsvoll zu gestalten. Das ist gar nicht so einfach, denn die politischen Spielräume sind eng, die Umstände sind oft widrig, das Geld ist knapp, es gibt Spannungen zwischen den Menschen.

Meine Damen und Herren,

ich wünsche uns, dass es im kommenden Jahr gelingt, unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Interessen zusammenzuführen auch in täglichen

Geschäften – zum Wohle unserer Stadt -.

Denn – frei nach Jeremia – wenn es der Stadt gut geht, geht es auch den Menschen gut, die darin leben.

Wir werden dem Haushalt zustimmen.

Ich danke Ihnen!